

der proletarischen Jugendbewegung. Als größte Gefahr lautet, jetzt noch im Hintergrund, das Konordat. Einen Uebergang hierzu soll zweifellos das geplante Reichsschulgesetz schaffen, das zwar noch nicht einmal als Referentenentwurf vorliegt, aber doch so beschleunigt werden soll, daß noch vor der Sommerpause die erste Lesung im Plenum erledigt werden kann.

Unter allen Umständen soll jedoch noch vor den Ferien die erste Lesung des neuen Strafrechtsbuchs (wir werden dazu in den nächsten Tagen in einer Artikelserie Stellung nehmen. D. Red.), das dem Reichstag bereits als Entwurf vorliegt, vorgekommen werden. Wohl in keinem Gesetz spiegeln sich die Klassenverhältnisse besser wider, wie in diesem Gesetzentwurf. Sowohl in der Strafbarkeit gewisser Handlungen als auch in Strafmaß zeigt sich das neue Strafrecht als ein furchtbares Werkzeug der Bourgeoisie im Klassenkampf gegen das Proletariat. Der Willkür der Klassenrichter sind noch mehr wie bisher Tür und Tor geöffnet. Indem das Strafmaß in vielen Fällen in das Ermessen des Richters gestellt ist, sind den Klassenurteilen noch bessere Voraussetzungen geschaffen, als wie dies beim gegenwärtigen Strafrecht der Fall ist.

Neben all diesen innenpolitischen Fragen wird es in den kommenden Wochen im Reichstag, nach der Rückkehr Stresemanns aus Genf, eine große außenpolitische Debatte geben. Trotz der im Reichstag vorhandenen Geschäftigkeit bemerkt man jene nervöse Spannung, die immer in Zeiten großer politischer Ereignisse herrscht. Was sich augenblicklich in Genf vollzieht, wissen wir. Als Begleitmusik zu den Verhandlungen Stresemanns mit Chamberlain hat eine verstärkte Stimmungsmache der deutschen Presse, allen voran natürlich der Vorwärts, gegen Sowjetrußland eingesetzt. Der Vorwärts, der bereits von einem Ultimatum Rußlands an Polen fahelte (der Wunsch dürfte hier der Vater des Gedanken sein), bemüht sich frampfhast, Warschau mit Sarajewo, Polen mit dem vergewaltigten Serbien zu vergleichen und Sowjetrußland als die den Krieg provozierende Gewalt zu denunzieren. Die Verhandlungen über den Kaufpreis für die Mitwirkung Deutschlands am Kreuzzug gegen Rußland müssen also schon sehr weit gediehen sein. Im Reichstag wird natürlich Herr Stresemann darüber nichts sagen, er wird im Gegenteil Stein und Bein schwören, daß man in Genf von nichts anderem als von der „Erhaltung des Friedens“ geredet hat und Rudolf Breitscheid? . . . wird dazu mit den Augen zwinkern.

So ist in diesem Sommer die Gefahr neuer kapitalistischer Käuereien, weiterer sozialer und kultureller Entrechtung des Proletariats sowie die Gefahr des Krieges der Imperialisten gegen die Sowjetunion ins riesenhafte gewachsen. In die Verhandlungen des Bürgerblockparlamentis muß in den nächsten Wochen die Kampflösung der Werkstätten hineinschallen: Hinweg mit der gegen das Proletariat gerichteten Hunger- und Entrechtungspolitik des Bürgerblocks, Hände weg von Sowjetrußland!

Der Vormarsch der Weltreaktion muß die Proletariat auf den Schanzen finden.

Tschitscherin geht nach Moskau

Berlin, 16. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Nachdem der Außenkommissar der Sowjetunion Tschitscherin gestern mittag dem Reichskanzler Marx einen Abschiedsbesuch abgestattet hat, wird er heute abend seine Reise nach Moskau antreten. Der Aufenthalt des russischen Außenkommissars ist in den letzten Tagen von der deutschen Regierung noch zu einer informativsten Fühlungnahme benutzt worden, wobei u. a. der ebenfalls in Berlin anwesende deutsche Botschafter in Moskau, Graf Brockdorff-Ranzau, den Außenkommissar der Sowjetunion über die Eindrücke der deutschen Delegation von den Genfer Beratungen über die großen europäischen Fragen, insbesondere über die mit der Sowjetunion zusammenhängenden Pläne, unterrichtete. Diese Informationen sind, wie regierungseitig ausdrücklich betont wird, als ein freundschaftlicher Akt der deutschen Regierung aufzufassen.

„Unsere Antwort an Chamberlain“

Moskau, 15. Juni. (Telegr. Agentur Inprefekt.) In der ganzen Sowjetunion nehmen die Sammlungen für das Luftschiff „Unsere Antwort an Chamberlain“ regen Zortrag. In vielen Fabriken und Institutionen führten die Arbeiter und Angestellten einen ganzen Tageslohn ab oder letzten Arbeitstagen ein.

Pläne des Hungerkabinetts

Verdoppelung des Kartoffelzoll

Berlin, 17. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Der Kampf um den Kartoffelzoll geht weiter. Zwar äußert das Zentrum und die Volkspartei, daß sie sich der Wucherpolitik der Deutschnationalen widersetzen. Es soll ein Kompromiß dahin vorbereitet werden, daß der Zoll von 50 Pf. für den Doppelzentner nicht, wie geplant, auf 2, sondern auf 1 M. erhöht wird. Aber auch diese Verdoppelung statt der Verdreifachung ist für die Werktätigen unerträglich.

Der Kohlenwucher marschiert

Berlin, 17. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Der Reichskohlenrat hat dem Antrag der Braunkohlenkapitalisten auf Erhöhung der Breielpreise teilweise stattgegeben. Zu den bereits festgelegten Jahrespreisen vom Juni bis Oktober und für den März soll ein Zuschlag von 1 Mark und für die Zeit von November bis Februar von 2 Mark erhoben werden. Begründet wird die Erhöhung der Breielpreise genau so, wie die geforderte Preisermäßigung für Steinkohlen mit Verteuerung der Selbstkosten, Lohnerhöhung und Arbeitszeitverlängerung.

Schäpel pfeift auf den Reichstag

Berlin, 17. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Die Portoerhöhung wird durchgeführt. Die Portoerhöhung wird trotz des entgegenstehenden Beschlusses des Reichstages durchgeführt werden. Der Postminister Schäpel hat sich von dem Reichsbannerführer Marx ausbrücklich die Ermächtigung geben lassen, daß er sich um den Reichstagsbeschluss nicht zu kümmern brauche.

Ein Tschelaprozess in Stuttgart

Stuttgart, 17. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Heute beginnt in Stuttgart der Prozess gegen Baifhardt und Genossen, die angeklagt sind, im Jahre 1924 einen Kriminalbeamten erschossen zu haben. Herr Nieber ist mit seinem Senat nach Stuttgart übergeföhelt, um dort gleichsam als Aufsicht zu dem von ihm so sehnlichst für August erwarteten Prozess gegen die Zentrale der SPD wieder einmal einen Tschelaprozess vom Stapel zu lassen.

Austritt einer Ortsgruppe aus der DAZ

Schwerin, 17. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) In der letzten Mitgliederversammlung der Güstrower Arbeiterjugend wurde beschlossen, aus dem Verband der Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands auszutreten, da der Bezirksvorsitz der Ortsgruppe Güstrow mehr als 5 Wochen lang das Material zurückhielt, weil die Mitgliedschaft mit der die Arbeiterinteressen preisgebenden Politik der Verbandsführer nicht einverstanden war.

Das Urteil gegen den Gefandtenmörder

Ein Freibrief für die Nordbanditen Chamberlains

Berlin, 17. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Das milde Urteil gegen den Mörder Kowarda hat in Moskau lebhafteste Entrüstung hervorgerufen. Die bürgerliche Presse berichtet von zahllosen Straßendemonstrationen, die sich vor allem gegen das polnische Gesandtschaftsgebäude richteten.

Das Berliner Tageblatt läßt sich durch seinen Moskauer Berichterstatter melden, daß das milde Urteil Kowardas einen äußerst peinlichen, wenn nicht beängstigenden Eindruck machte. Das Berliner Tageblatt berichtet im Gegensatz dazu, daß in den Warschauer politischen Kreisen der Urteilspruch gegen den Attentäter Kowarda als zu hart empfunden wird. Man sei überzeugt, daß der Staatspräsident die lebenslängliche Zuchthausstrafe in eine 15jährige Strafe umwandeln werde. Aber auch dieses Strafmaß erscheint der polnischen Bourgeoisie noch zu hoch. Das Berliner Tageblatt vermag diese Auffassung selbst nicht zu teilen, wie ausdrücklich hervorgehoben wird.

Die DAZ meldet zu diesem Urteil folgendes: „Der Staatsanwalt begründete in seiner Anklage, weshalb die Angelegenheit vor das Standgericht gehöre, und vertrat den Standpunkt, daß der Mord an dem Sowjetgeandten Woskow als die Tat eines Einzelnen zu betrachten sei, der sich weder von irgendwelchen Organisationen, noch von sonstigen Begleitumständen leiten ließ.“

Im Gegensatz hierzu läßt sich die Berliner Volkszeitung aus Warschau als Begleitumstände und Motive des Attentats von Kowarda auf den Sowjetgeandten Woskow folgendes melden: „Der Bolschewismus muß mit allen Mitteln bekämpft werden.“ Ich trat gegen den Kommunismus offen auf. Ich bedaure sehr, daß ich Polen durch meine Tat unannehmlichkeiten bereitet habe. Ich habe Woskow als Bolschewiken und als Mitglied der Komintern getölet, als Vorbild gegen den Bolschewismus.“

Die DAZ meldet zu diesem Urteil folgendes: „Der Staatsanwalt in seiner Rede hervor, daß es sich bei dem Mörder um einen jungen, übermütigen Mann handle. Die Verleumdung schilderte die Gefühle des Angeklagten und bezeichnet ihn als ein schwaches, überhebliches Kind, um damit die Insignifikanz des Standgerichtes anzudeuten.“

Zur Unterfückung dieses Versuches stellte nach dem Bericht des Berliner Tagesblattes der Direktor des Gymnasiums, das Kowarda bis zum Januar d. J. besuchte, dem Angeklagten das allerbeste Zeugnis aus. Er sei fleißig gewesen und hätte gern weiter studiert, habe aber in besagten Verhältnissen gelebt.

Zum Urteil selbst schreibt die Bolschische Zeitung: „Da das ehemalige Kongresspolen noch heute sich des alten russischen Strafrechts bedient, wäre ein Todesurteil gegen den Gefandtenmörder rechtlich möglich gewesen. Daß das Standgericht sich zu diesem härtesten Spruch nicht hat entschließen können, mag angesichts der zugegebenen Tötungsabsicht vielleicht unverständlich erscheinen, wenn man bedenkt, daß in anderen Kriminalfällen von weit weniger schwerwiegenden Folgen die polnischen Gerichte mit der Verhängung der Todesstrafe nicht gezögert haben.“

„Der Friede ist in Gefahr“

Im Namen des Nationalrats zur Kriegsverhütung“ wurde ein Offener Brief an die Presse gerichtet, der von einer Reihe bürgerlicher Liberaler und Arbeiterpartei (u. a. von dem Dichter E. G. Wells und dem Bischof von Birmingham) unterzeichnet ist. Es ist ein Appell an die britische Regierung, der sich gegen den Bruch mit Rußland richtet und in dem es unter anderem heißt:

„Der Bruch der diplomatischen Beziehungen mit Rußland ist ein starkes Hindernis für die Verbesserung unserer internationalen Beziehungen. . . . Während dieses Jahres hat Rußland an der Weltwirtschaftskonferenz teilgenommen. Die Ausschichten auf die Teilnahme Rußlands an der bevorstehenden Weltabrüstungskonferenz wurden immer günstiger. . . .“

Solange dieser Bruch andauert, sind beidseitige wirtschaftliche und politische Beziehungen unmöglich. Der Friede ist in Gefahr. Wir bitten die Regierung, die nächste Gelegenheit zur Verhandlung und zur Diskussion zu benutzen, so daß ein neues und besseres Kapitel in den deutsch-russischen Beziehungen beginnen kann.“

Revolutionäre Disziplin der Kuomintang

Hankau, 15. Juni. (Telegr. der China. Nat. Agentur.)

Vor der Abreise der Kuomintangführer zur Konferenz nach Tschangtschi wurde das Zentralkomitee der Kuomintang eine Mitteilung, worin gelangt wird, daß das Zentralkomitee nachstehende Beschlüsse zur Lage in der Provinz Honan angenommen hat: Die Kuomintang-Organisationen und Arbeiter- und Bauern-Organisationen der Provinz Honan zu reorganisieren, sämtliche Truppen der Provinz Honan, die dem General Schaulang — einem besonderen Delegierten, der vom Zentralkomitee der Kuomintang nach Honan entsandt wird — zu unterstellen, alle bewaffneten Streitkräfte zwischen Arbeiter- und Bauernverbänden einerseits und den Truppen andererseits einzustellen, widrigenfalls strenge Maßnahmen gemäß der revolutionären Disziplin zu treffen sind, und eine Sonderkommission zu ernennen zur Entscheidung der Frage über die Lage in Honan.

Massenmeetings für chinesische Einheit und gegen Tschangtschifs Verrat

Hankau, 15. Juni. (Telegr. der China. Nat. Agentur.)

In den letzten Tagen fanden in Wuhan gewaltige Meetings zu Ehren der Siege der Nationaltruppen in Honan statt. In den angenommenen ResOLUTIONEN wurden folgende Forderungen aufgestellt: Vormarsch auf Peking und Nanjing zwecks Bereinigung des Landes und Zertrümmerung der Reaktionen weiter vorziehen, Expedition gegen Tschangtschif entsenden und energischen Protest einlegen gegen Entsendung japanischer Truppen nach China.

Prozess der Konterrevolutionäre gegen Sowjetrußen

Schanghai, 15. Juni. (Tel. der China. Nat. Agentur.)

Die Gerichtsverhandlung gegen die Gattin Borodins und drei sowjetrussische Kuriere wurde freilebungen und dreifache auf den 17. Juni in Peking anberaumt. Zum Richter wurde das Mitglied des Pekingtribunals Ho ernannt. Als Verteidiger werden der Vorsitzende des Peking Rechtsanwaltsverbandes Natsheng und zwei Brüder Kuotingpa aufzutreten. Der Oberste Gerichtshof lehnte es ab, den amerikanischen Rechtsanwalter Fox als Verteidiger zuzulassen. Fox wird als Vertreter der Angeklagten fungieren.

Kungesser bleibt verschollen

Neugort, 16. Juni. (Teleunion.) Trotz eifriger Nachforschungen, an denen sich zahlreiche Flugzeuge beteiligten, konnten positive Feststellungen über den Verbleib Kungessers und Colis nicht gemacht werden, so daß wenig Hoffnung besteht, die beiden Flieger überhaupt noch zu finden.

Ein Raubtierkampf während dem Eisenbahntransport

Flauen i. N., 16. Juni. Auf dem Eisenbahntransport der Käfige des Artus Amarant nach Adorf hat sich gestern früh ein blutiger Vorgang abgespielt. In einem Käfig befand sich eine alte Löwin mit zwei 4 Monate alten Jungen, im Nebenkäfig ein Leopard, der, wie schon des öfteren, mit den kleinen Löwen spielen wollte. Die alte Löwin jedoch geriet darüber in Wut und hielt den Leopard an der Branke fest. Die jungen Löwen aber bissen dem Leopard an der Kehle zu. Die Löwin merkte an das Gitter herangezogen wurde, die Branke ab und rissen ihm von Brust, Schulter und Hinterbacken große Stücke heraus, die sie verzehrten. Der Leopard war, als man in Adorf nach Eintreffen die Käfige öffnete, gräßlich zugerichtet, so daß ihn der Tierarzt erschlehen mußte.

Regierungen und Spione

Die amerikanische Zeitschrift The Nation schreibt in ihrer Nummer vom 8. Juni 1927 über „Regierungen und Spione“ u. a. folgendes:

Alle Regierungen pionieren einander aus und stehen einander ihre Dokumente, wie das Lloyd George in der Unterhausdebatte vom 25. Mai freimütig erklärte. . . . Während die Regierung der Vereinigten Staaten Großbritannien Freundschaft schwört, sind die Stäbe der Armee und Flotte am Werke, um Kriegspläne gegen unseren früheren Alliierten zu schmieden. Und wir unterhalten in London, Paris und allen übrigen Hauptstädten Militär- und Flottenattachés, die nichts anderes als anerkannte Spione sind, entsandt zu dem Zwecke, mit guten oder faulen Methoden alles, was sie können, über die Militär- und Flottengeheimnisse des betreffenden Landes, dem sie zugezogen sind, ausfindig zu machen. Das gestohlene Dokument des britischen Kriegsministeriums ist kein isolierter Zwischenfall. Am 21. Mai wurde aus Wien gemeldet, daß zwei Angestellte des österreichischen Außenministeriums wichtige Dokumente an Rußland und andere Länder verkauft hätten. Es scheint, daß ein systematischer Handel in Geheimpapieren des Außenministeriums seit längerer Zeit im Gange war, da genaue Kopien jeder Gefandtschaft in Wien angeboten wurden. Als der Sowjetattaché angehalten wurde, war er im Besitze der gesamten Korrespondenz Oesterreichs mit England, Frankreich und Italien, die sich auf ihre gemeinsame Abwehr der bolschewistischen Propaganda bezog. Es ist gleichfalls festgestellt, daß der Kauf gewisser österreichischer Dokumente durch französische Staatsbeamte vom Ministerpräsidenten Voicars selbst enthält wurde. Am gleichen Tage wurde in Ottawa der General Kiejsinski wegen des Verkaufes eines militärischen Geheimdokuments an Rußland verhaftet.

Nur wenige Amerikaner werden sich noch daran erinnern, daß ein Offizier der Armee der Vereinigten Staaten, Kapitän Henry D. Borup im Jahre 1892 eifrig aus Paris zurückberufen wurde, weil er in seiner Eigenschaft als amerikanischer Militärattaché öffentlich beschuldigt wurde, nicht nur französische Militärgeheimnisse verkauft zu haben, sondern sie auch an die Regierung Deutschlands und Italiens gegen Entgelt wieder verkauft zu haben. Die letztere Beschuldigung wurde in der Öffentlichkeit nicht aufrecht erhalten. Was aber die erste Be-

schuldigung betrifft, so verteidigte sich Kapitän Borup damit: „Alles, was ich getan habe, gehörte lediglich zu meinen rechtmäßigen Pflichten als Militärattaché der Gesandtschaft der Vereinigten Staaten bei einer bestimmten Nacht.“ In diesem Punkte wurde er durch die Londoner Times verteidigt, die nun außer sich ist, weil die Sowjets dasselbe tun. Die Times schrieb damals:

Kapitän Borup war nicht nur berechtigt, sondern sogar verpflichtet, Dokumente zu Ruß und Stroman seines eigenen Landes zu erlangen. . . . Ein ähnlicher Fall wie der des Kapitän Borup soll sich in St. Petersburg ereignet haben. In diesem Fall wurde er später in eine höhere Stellung befördert.

Kapitän Borup blieb in den Armeelisten bis zu seinem Tode. Warum nicht? Eine Zuschrift an die New York Times, die ihn verteidigte, erklärte, daß das, was Kapitän Borup getan habe, eine offiziell sanctionierte amerikanische Gepflogenheit sei:

„Die Offiziere der Vereinigten Staaten, die unter dem, was jetzt als die Division der militärischen Information“ bekannt ist, ausgeschickt werden, haben die Erlaubnis, um den Betrag von ungefähr 50 Dollar im Monat „Dokumente und Pläne, die man ihnen für Geld anbietet, zu kaufen. Diese Summe dürfte nicht gerade hinreichen, um irgendwelche wertvolle Materialien, sei es im Inland, sei es im Ausland zu verschaffen. . . .“ Er hatte auf seinem persönlichen Konto einige Fonds zur Verfügung, die er, wie sich denken läßt, verwertet haben mußte.“

Es ist klar, daß die einzige Schuld des Kapitän Borup die war, daß er sich hat erwidern lassen. Dasselbe tat der englische Beamte, der nach der Erklärung des Ministerpräsidenten Baldwin beim Verkauf von Geheimnissen an die Russen erlapp wurde. Und das gleiche tat jener britische Oberleutnant, der nun im Gefängnis dem Prozess entgegensteht, weil er Pläne und Geheimnisse, des Unterelektroschlusses an eine, bisher noch nicht genannte, ausländische Macht verkauft hat. Es ist ein widerliches, verächtliches Geschäft, unwürdig und verdammenswert — und doch betreibt es jede Regierung und wird es solange betreiben, als das Kriegssystem mit seinen Lügen, Tücken und Schlangenzungen besteht.